NACHRICHTEN AG

09. Mai 2025

CDU-Chefin Schwerdtner: Linke nicht mehr tabu! Zeitenwende in der Politik!

CDU-Chefin Ines Schwerdtner kritisiert den Unvereinbarkeitsbeschluss. Linke fordert Gegenleistungen für Zusammenarbeit.

Bundestag, Berlin, Deutschland - Am 9. Mai 2025 äußerte sich die CDU-Parteichefin Ines Schwerdtner in einem Interview zur Rolle der Linken und zum aktuellen Unvereinbarkeitsbeschluss ihrer Partei, der eine Zusammenarbeit mit den Linken grundsätzlich ausschließt. Schwerdtner bezeichnete diesen Beschluss als „aus der Zeit gefallen“ und wies darauf hin, dass die CDU die Linke in zukünftigen politischen Entscheidungen, insbesondere bei der Reform der Schuldenbremse, benötigen werde. Trotz der bestehenden schwierigen Rahmenbedingungen habe die Linke ihre Mitgliederzahl seit Jahresbeginn auf über 112.000 verdoppelt.

Das Interview fand vor dem Hintergrund der politischen Situation während der Kanzlerwahl statt. Friedrich Merz war im ersten Wahlgang gescheitert und benötigte im zweiten Wahlgang die Unterstützung der Linken. Schwerdtner begründete die Zusage der CDU zur Zusammenarbeit mit den Linken mit dem Ziel, Chaos zu vermeiden und die notwendigen Mehrheiten für eine stabile Regierungsarbeit zu sichern. Dies verdeutlicht die aktuelle Lage, in der sich die Union trotz des Unvereinbarkeitsbeschlusses öffnen muss.

Die Verhandlungen im Bundestag

Die Verhandlungen um die Kanzlerwahl waren komplex. Janine Wissler, die ehemalige Chefin der Linkspartei, hatte telefonische Kontakte mit Alexander Dobrindt, dem CSU-Landesgruppenchef. Die Union prüfte mehrere Optionen, um einen zweiten Wahlgang am gleichen Tag zu ermöglichen. Diese Umstände führten zu einer ungewohnten Zusammenarbeit zwischen Union und Linksfraktion.

Die SPD lehnte es ab, eine Abstimmung abzuhalten, die auf die Stimmen der AfD angewiesen war. Daher einigten sich Union, SPD, Grüne und Linke auf einen gemeinsamen Antrag für den zweiten Wahlgang. Während einige Unions-Abgeordnete Bedenken gegenüber der Zusammenarbeit mit der Linkspartei äußerten, musste die Union erkennen, dass die politische Landschaft flexibler geworden war.

Die Rolle der Linken

Die Linkspartei sieht sich als soziale Opposition im Bund und kritisiert die Zusammensetzung des Kabinetts von Merz, das aus Millionären und Lobbyisten bestehen soll. Laut Schwerdtner erwarten die Linken für ihre Unterstützung in der Zukunft auch Gegenleistungen und betonen, dass sie nur mit demokratischen Parteien, nicht mit der AfD zusammenarbeiten möchten. Der erste Bundesparteitag nach der Bundestagswahl wird voraussichtlich eine grundlegende Neuausrichtung der Linken

festlegen müssen.

Das derzeitige Parteiensystem ist in Deutschland komplex und hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte erheblich gewandelt. Die Bundestagswahl 2021 kennzeichnete einen weiteren Umbruch, in dem die SPD, die Grünen und die Linke eine zentrale Rolle spielen. Diese Veränderungen sind sowohl von einem Anstieg kleinerer Parteien als auch von einem Bedeutungsverlust der traditionellen Volksparteien geprägt. Die Linke muss sich fragen, ob sie weiterhin Mehrheiten für Merz beschaffen oder sich in eine radikale Opposition zurückziehen möchte, um ihre politischen Ziele zu verfolgen.

Zusammenfassend zeigt sich, dass die politische Landschaft in Deutschland durch anhaltende Veränderungen geprägt ist und die Zukunft der Linken in einem Spannungsfeld zwischen Kooperation und Opposition steht. Die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit zwischen verschiedenen politischen Lagern könnte die politische Kultur in Deutschland auf lange Sicht nachhaltig beeinflussen.

Die Themen und Diskurse, die sich im Bundestag entfalten, scheinen mehr denn je von strategischen Überlegungen geprägt zu sein, die die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt stellen müssen. In diesem Kontext bleibt es spannend zu beobachten, wie sich die Rolle der Linken und die Dynamik im Deutschen Bundestag weiterentwickeln werden.

Für weitere Informationen über die Herausforderungen und Dynamiken der deutschen Parteienlandschaft, verweisen wir auf die detaillierte Analyse der **Bundeszentrale für politische Bildung**.

Details	
Vorfall	Wahlen
Ort	Bundestag, Berlin, Deutschland
Quellen	• **www.tagesschau.de**

Details	
	• **www.zdf.de** • **www.bpb.de**

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de